

Bern, 13. Juni 2009

Medienmitteilung

Delegiertenversammlung LCH: Wie viel Politik erträgt die Schule?

Die Volksabstimmungen zu Bildungsvorlagen der vergangenen Monate zeigen: Es wurde in den letzten Jahren zu wenig und zu wenig gründlich über Schule und Bildung diskutiert. Damit HarmoS und „Lehrplan 21“ nicht scheitern, braucht es eine neue „Landsgemeindekultur“.

„Wie viel Politik erträgt die Schule?“ Diese provokative Frage stellte der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH ins Zentrum seiner Delegiertenversammlung vom 13. Juni in Bern. „Die Schule erträgt nicht nur viel Politik; sie braucht auch viel Politik“, war die Antwort der SP-Nationalrätin und ehemaligen Sekundarlehrerin Jacqueline Fehr an einem Podiumsgespräch zum Thema. „Das Schlimmste wäre, wenn sich nur noch eine Partei um die Bildung kümmern würde“, ergänzte Professor Rudolf Minsch, Chefökonom von *économiesuisse*. „Die Wertschätzung der Schule ist absolut nötig“, gab demgegenüber Bernhard Pulver, Bildungsdirektor des Kantons Bern zu bedenken; bei der Vielzahl politischer Ansprüche und Vorstösse zum Thema Schule sei es für ihn oft schwierig, eine konstante Linie zu halten.

Mehr Zentralisierung und mehr Autonomie

„Wir müssen uns abgewöhnen, das Rad immer wieder neu zu erfinden“, sagte Ellen Ringier, Herausgeberin der Zeitschrift „Fritz+Fränzi“. Als Vertreterin der Eltern-Interessen wünscht sie sich ein „Bundesamt für Familien“, das wichtige Dinge für das ganze Land dekretieren könnte – beispielsweise die Einführung von Tagesschulen. Nicht mehr Zentralisierung, sondern mehr Autonomie für die einzelnen Schulen fordert hingegen Nationalrätin Fehr. Dies sei der einzige Ausweg aus dem Dilemma, dass zurzeit an der Schule sehr viel in sehr kurzer Zeit verändert werden müsse, was aber genau wegen des Zeitdrucks und der Vielfalt nicht gelingen könne.

Die Frage, wie viel Politik die Schule erträgt, hatte sich nicht zuletzt gestellt, nachdem die SVP mit weinenden Kindern und dürftiger Argumentation mehrere Volksabstimmungen zum Bildungsprojekt HarmoS gewonnen hatte. Rudolf Minsch hält der Partei zugute, dass sie an Tabus gerührt habe, dass sie die EDK und die kantonalen Bildungsbehörden zwingt, aus ihren klimatisierten Büros herauszutreten und dem Volk die Vorlagen zu erklären. Jacqueline Fehr meinte, die Abstimmungen zeigten, „dass wir in den letzten Jahren sehr wenig und zuwenig gründlich über Bildung diskutiert haben“.

Lehrpersonen fordern Unterstützung

Mehrere Voten von Delegierten zeigten, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer von der Politik, aber auch von den Exponenten der Wirtschaft und der Medien zu wenig unterstützt fühlen. Deren Support sei nötig, um die Autorität der Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern, den guten Ruf der Schule wieder herzustellen.

„Es ist ein Stück Bescheidenheit angesagt“, meinte in seinem Schlusswort zur Podiumsdiskussion Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH. Die Schule habe mit einer grossen Heterogenität der Ansprüche und der Vorstellungen über die Realisierung dieser Ansprüche umzugehen. Zu fordern sei eine Klärung des Auftrags, wie sie nun mit dem Deutschschweizer „Lehrplan 21“ unternommen wird, sagte Strittmatter. Damit dieses Unternehmen auch nur einigermaßen erfolgreich sein könne, brauche es eine neue „Landsgemeindekultur“ des Redens über Bildung in der Schweiz.

13.6.09, hw